

LDK-Antrag.

Antragsteller: Kreisvorstand
Hamburg-Mitte/ AK Bildung



Konservativ-grüne Bildungspolitik - Gut gemeint ist zu wenig!

Seit Beginn der CDU/GAL-Koalition in Hamburg wird deutlich, dass alle Senats-Vorhaben dem Koalitionsfrieden untergeordnet werden. Dies geschieht gegen jede Vernunft und jede Sachkenntnis. Die Fragen zum Kraftwerk Moorburg, das Möbelhaus in Eidelstedt, die Finanzierung der Elbphilharmonie und nicht zuletzt die Schulstrukturreformen werden nur unter dem Aspekt betrachtet, ob eine gesichtswahrende Lösung für die Koalitionäre möglich ist. Dem Anspruch, der Stadt zu dienen, kommt solch eine Einstellung nicht nach. Unserem Anspruch, als größte politische Jugendorganisation für die Jugend in Hamburg einzutreten, wollen wir mit den folgenden Beschlüssen nachkommen.

Die Jusos Hamburg begrüßen die Abschaffung der Hauptschulen. Die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber der Hauptschule sinkt bereits seit Jahren. Die Hamburger Eltern, Schülerinnen und Schüler wollen diese Schulform nicht mehr. Im Schuljahr 2005/2006 waren von insgesamt 182.171 Schülerinnen und Schülern 1576 an einer Hauptschule angemeldet. Angesichts dieser Zahlen ist die Abschaffung dieser Schulform die richtige Schlussfolgerung. Die Abschaffung des Hauptschulabschlusses muss in diesem Rahmen diskutiert werden. In diesem Zuge muss die Schulpflicht auf zehn Jahre erhöht werden. Ziel muss sein, dass so viele Schülerinnen und Schüler wie möglich den Realschulabschluss bestehen und das kein Kind ohne Schulabschluss ins Leben entlassen wird. Im Abgangsjahr 2005/2006 sind 12,3% der Schülerinnen und Schüler ohne einen Hauptschulabschluss abgegangen. 22,9% aus dem gleichen Jahrgang sind mit einem Hauptschulabschluss entlassen worden. Somit ist etwa ein Drittel eines Jahrgangs akut gefährdet, in der neuen Schulstruktur fallen gelassen zu werden.

LDK-Antrag.

Antragsteller: Kreisvorstand
Hamburg-Mitte/ AK Bildung



Die neue Schulstruktur muss es schaffen, dass dieses Drittel den Anschluss nicht verliert. Eine solche Praxis kann und darf sich Hamburg nicht leisten.

Die Einführung der Primarschule richtet einen erheblichen Flurschaden an. Entgegen allen Versprechen im Wahlkampf schaffen CDU und GAL das Elternwahlrecht nach Abschluss der Grundschule ab. Dieses ist unverzüglich wieder einzuführen. Es ist das Recht aller Eltern mit ihren Kindern zu entscheiden, welche Schullaufbahn diese einschlagen sollen. Lehrerinnen und Lehrern darf nur eine beratende Funktion zugewiesen werden.

Die so genannten Langformen der Primarschulen verschieben den Zeitpunkt der Entscheidung zur weiterführenden Schulform bereits vor Eintritt in die Schule, da durch bauliche Gegebenheiten ein Übergang zur jeweiligen Stadtteilschule bzw. zum jeweiligen Gymnasium wahrscheinlich ist. Ein solcher Anachronismus ist dem unbedingten Koalitionsfrieden von CDU und GAL geschuldet. Dieses werden Eltern und Kinder ausbaden müssen. Dieses Experiment muss gestoppt werden. Die Jusos Hamburg fordern daher eine ganztägige sechsjährige Grundschule für alle und die Abschaffung der verschiedenen Variationen der so genannten Primarschule.

Die Jusos Hamburg haben 2005 die Einführung einer Stadtteilschule, die nach Klasse 13 das Abitur vergibt und die Beibehaltung des Gymnasiums, das nach Klasse 12 das Abitur vergibt, beschlossen. Es ist gut, dass der Senat uns hier folgt. Damit diese Reform jedoch gelingt, muss die Stadtteilschule als eine gute Alternative neben dem Gymnasium bestehen. Hier versagt der konservativ-grüne Senat. Es ist nicht geplant, die Stadtteilschule bis zur Klasse 10 ganztägig zu führen. Der konservativ-grüne Haushaltsplan wird eine schlechte Basis für die Bildungsreformen sein. Wir fordern unsere SPD Bürgerschaftsfraktion auf, bei den

LDK-Antrag.

Antragsteller: Kreisvorstand
Hamburg-Mitte/ AK Bildung



anstehenden Haushaltsberatungen an dieser Stelle Schadensbegrenzung zu betreiben und mehr Geld für die Stadtteilschulen bereitzustellen.

Neben den Schulstrukturreformen laufen im Bildungsbereich weitere große Reformen nebenher. Die Einführung des Abiturs nach Klasse 12, das Lehrerarbeitszeitmodell, die reformierte Profileroberstufe und der doppelte Abiturjahrgang 2010 werden nebenher betrieben.

Der Begriff "Reforminfarkt" ist hier angebracht. Die Hamburger Schulen brauchen endlich Ruhe, Zeit und genügend finanzielle Mittel, um die beschlossenen Reformen umzusetzen.

Die jetzigen neunstufigen Hamburger Gymnasien (G9) werden zum Jahr 2010 komplett auf ein achtstufiges Gymnasium (G8) umgestellt. Das hat zur Folge, dass ein doppelter Jahrgang entsteht. Die jetzigen 11. und 12. Klassen werden also im gleichen Jahr ihr Abitur machen. Es wird voraussichtlich doppelt so viele Abiturienten geben, die einen Ausbildungs- oder Studienplatz benötigen. Es entsteht die Frage, ob solch eine Versorgung von dem schwarz/grünen Senat gewährleistet werden kann und ob die Organisation ausreichend ist.

Für die meisten Abiturienten werden wohl Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, da 2007 etwa nur 50% Prozent der Ausbildungsplätze von Hamburger Schulabsolventen besetzt wurden.

Der Rest dieser Ausbildungsplätze ging an Schulabsolventen der umliegenden Bundesländer.

Da Hamburg für Azubis aus dem Umland sehr attraktiv ist und es in ländlichen Gebieten oft an Ausbildungsplätzen mangelt entsteht auch für diese ein Problem durch den doppelten Jahrgang. Am stärksten betroffen sind allerdings die Haupt und Realschüler, sie leiden am meisten unter diesem doppelten Jahrgang. Betriebe werden bevorzugt Abiturienten einstellen und viele Abiturienten werden vielleicht auch auf eine Ausbildung umschwenken statt zu

LDK-Antrag.

Antragsteller: Kreisvorstand
Hamburg-Mitte/ AK Bildung



studieren. Haupt- und Realschüler werden es also um einiges schwerer haben auch einen guten Ausbildungsplatz zu erhalten.

Auch an den Hamburger Universitäten wird es Probleme mit den Erstsemesterplätzen geben.

Für das Wintersemester 2008 haben sich auf die 4500 Erstsemesterplätze allein 30.000

Interessenten beworben, das ist neuer Rekord, übersteigt jedoch die Kapazitäten der

Hamburger Universität. Doch wie soll es Studienplätze für die doppelte Menge an Abiturienten geben?

Durch die hohe Anzahl von Bewerbern würde der Numerus Clausus der verschiedenen Fächer noch mehr steigen. Studienanfänger aus dem Umland werden wahrscheinlich keine

Studienplätze in Hamburg erhalten können, ebenfalls wird es an infrastrukturellen Dingen wie z.B. studentischen Nebenjobs mangeln. Ein Ausweichen auf andere Bundesländer ist auch nicht gesichert, da viele andere Bundesländer ihr Schulsystem in einem ähnlichen Zeitraum

umstellen und selbst mit Mangel an Ausbildungs- und Studienplätzen zu kämpfen haben.

Doch es entsteht nicht nur das Problem, dass es an Ausbildungs- und Studienplätzen mangelt.

Auch in der Durchführung dieses "doppelten Jahrgangs" hapert es. Zwei Stufen mit völlig unterschiedlichem Wissenstand und einer unterschiedlichen Wochenstundenanzahl besuchen

die gleichen Leistungskurse. Ungerechtigkeiten sind also vorprogrammiert. Viele Eltern der

neuen "G8" Schüler geben auch zu Denken, dass ihre Kinder zu viel arbeiten müssen, um

auch wirklich mitkommen zu können. Viele sagen das Jahr, dass die die letzten "G9"ler

voraus haben sei noch nicht aufgeholt. So entstehen dann in Benotung und Arbeitsaufwand

der Schüler große Unterschiede und Ungerechtigkeiten. Offene Fragen gibt es außerdem in

Bezug auf Sitzenbleiber dieser Jahrgänge und der Versorgung von Schulbüchern, die ja völlig

LDK-Antrag.

Antragsteller: Kreisvorstand
Hamburg-Mitte/ AK Bildung



umgestellt werden muss durch das fehlende Unterrichtsjahr.

Im Gegensatz zu den Regierungen in anderen Bundesländern hat sich der Senat mit diesem Thema scheinbar noch nicht ausreichend auseinander gesetzt und die entstehende Problematik erkannt. Zudem herrscht keine ausreichende Transparenz und es entsteht der Eindruck, dass Eltern und Schüler nicht genügend aufgeklärt werden geschweige denn ihnen Lösungsvorschläge gemacht werden.

Die Jusos Hamburg fordern den AFB der SPD Hamburg und die SPD Bürgerschaftsfraktion auf, das Problem doppelter Jahrgang 2010 aufzuwerfen, zu diskutieren und falls möglich Lösungsvorschläge zu finden.

Die regionalen Schulkonferenzen sind die großen Mogelpackungen des Senates. Auf gigantischen Regionalkonferenzen werden Schulleiter, Eltern- und Schülervertreter eingeladen, um Dinge zu beschließen, die letztlich doch nur die Schulbehörde vorgibt.

Die Betroffenen werden als Alibi scheinbar eingebunden, um die bereits beschlossenen Reformen zu legitimieren. Sinnvoll ist eine ausführliche, kluge und ergebnisoffene Ausarbeitung nach eingehendem Erkundigen bei den betroffenen und zuständigen Personen. Anschließend müssten die Betroffenen die Möglichkeit haben, zu den Plänen Stellung zu beziehen. Dieses Verfahren des Senats ist scheindemokratisch und erstaunt, da die GAL offensichtlich die Demokratievorstellungen der CDU übernimmt, zumal diese Konferenzen nicht öffentlich tagen dürfen.

Die Jusos Hamburg unterstützen die Bemühungen von Ties Rabe (bildungspolitischer Sprecher der SPD Bürgerschaftsfraktion), eine zentrales Organ einzurichten, welches einen Überblick darüber schafft, was die einzelnen Schulkonferenzen beschließen. Wir rufen Jusos,

LDK-Antrag.

Antragsteller: Kreisvorstand
Hamburg-Mitte/ AK Bildung



insbesondere die Juso-Schüler/innen dazu auf, sich für die regionalen Schulkonferenzen aufstellen zu lassen.

Diese Jusos werden gebeten, sich anschließend beim AK Bildung zu melden.

Die Jusos Hamburg unterstützen die Absagen der SPD Hamburg an die Volksinitiativen "Eine Schule für alle" und "Wir wollen lernen". Mögliche Veränderungen im Schulsystem bedürfen einer langwierigen und komplexen Planung und dürfen niemals im "Hauruck-System" eingeführt werden. Die Jusos Hamburg rufen alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf, ihre Energie auf die regionalen Schulkonferenzen auszurichten und nicht für auf solch ein Himmelfahrtskommando.